



Digitales Kolloquium

Prof. Dr. Dr. Christoph M. Schmidt – Corona-Krise: Volkswirtschaft am Laufen halten, Grundversorgung sichern, Innovationsfähigkeit erhalten

Prof. Christoph M. Schmidt im Portrait

Prof. Christoph Schmidt studierte Volkswirtschaftslehre an der Universität Mannheim, wurde an der Princeton University promoviert und habilitierte sich 1995 an der Universität München. Seit 2002 ist er Präsident des RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung und Professor an der Ruhr-Universität Bochum. Prof. Dr. Schmidt ist Mitglied in mehreren Komitees und berät unter anderem im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, ist Präsidiumsmitglied der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften (acatech) und seit März 2020 ist er zudem Ko-Vorsitzender des Deutsch-Französischen Rates der Wirtschaftsexperten.



Fachlicher Input

Für Prof. Schmidt ist klar, dass durch die Natur der Pandemie ein erfolgreiches Eindämmen des Ausbruchs ohne harte Eingriffe, insbesondere auch Einschränkungen des sozialen Lebens, nicht möglich sein wird. Diese werden nicht ohne ökonomische Folgen bleiben. Der kürzlich veröffentlichte Impuls der acatech soll einen interdisziplinären und praxisbezogenen Diskussionsbeitrag leisten, wie die Krise gut und vor allem zukunftsfähig bewältigt werden kann.

Die ökonomischen Wirkungen der aktuellen Maßnahmen und Folgestrategien sind sehr schwer zu prognostizieren, da die Wirksamkeit politischer Maßnahmen auf das tatsächliche Wiederanlaufen der Wirtschaft kaum abschätzbar ist.

Die acatech spricht sich dafür aus, dass eine „Vollbremsung“ der Wirtschaft bestenfalls vermieden werden muss, die Grundversorgung sollte während der Phase der Intervention gewährleistet bleiben. Es müssen Wege gefunden werden, den Betrieb in einer verantwortungsvollen Art und Weise schrittweise wieder hochzuführen.

Es werden drei Phasen beschrieben, die den weiteren Verlauf strukturieren sollen:

1. Akute Interventionsphase
2. Stabilisieren
3. Stimulieren

Übergreifend haben die Autoren der acatech Studie für jede dieser Phasen untersucht, welche Informationen gesammelt werden müssen und welche Fragen gestellt werden müssen, um für versorgungsrelevante Wirtschaftsbereiche frühzeitig Probleme zu verhindern, bevor sie sich tatsächlich materialisieren.

Prof. Schmidt sieht zwei Kernbotschaften in diesem Impuls:

- Informationen müssen kontinuierlich gesammelt, gebündelt und verarbeitet werden, um Handlungsoptionen an die sich ständig ändernde Praxis anzupassen.
- Begriffe wie „Konjunkturprogramm“ und „Wiederherstellung“ sollten nicht verwendet werden, um der Erwartungshaltung vorzubeugen, dass wir am Ende in einem Zustand gelangen, wie wir ihn vorher gehabt haben. Dies könne dazu führen, dass es einen Rollback erfolgreich auf den Weg gebrachter Veränderungen (z.B. CO₂-Bepreisung) gäbe und alte Strukturen zementiert würden, die gerade dabei waren aufzubrechen.

Nach Prof. Schmidt wäre es fatal, den kommenden Wohlstand erneut auf fossilen Strukturen aufzubauen und die Chance für einen Neuanfang nicht zu nutzen.



Schutz der Bevölkerung hat höchste Priorität. Gleichzeitig Vollbremsung der Volkswirtschaft vermeiden.

- 1. Intervenieren**
Gesundheitskrise bewältigen und Wirtschaftskrise eindämmen
- 2. Stabilisieren**
Versorgungsrelevante Wirtschaftsbereiche monitorieren und sozialen Frieden sichern
- 3. Stimulieren**
Innovationen fördern und Zukunftsfähigkeit sichern

Intervenieren

- Im Mittelpunkt steht die Ertüchtigung des Gesundheitssystems, insbesondere die Bereitstellung zusätzlicher Kapazitäten und das Heben von Reserven. Dazu zählt das Hochfahren der Produktionskapazitäten für Schutzkleidung und medizinisches Material sowie das Reaktivieren von Personalreserven.
- Wirtschaftspolitische Maßnahmen sind von großer Bedeutung, insbesondere die schnelle und entschlossene Bereitstellung von Mitteln für Haushalte und Unternehmen. Dabei hat die europäische Koordination der Fiskalpolitik eine besondere Bedeutung. Es bedarf einer intensiven, koordinierten und gemeinsamen Antwort der Fiskalpolitik in Europa. Auch bei der Frage der Haftung bei Eurobonds und ESM gibt es sehr unterschiedliche Positionen innerhalb Deutschlands und in Europa. In der Studie wird der europäische Stabilitätsmechanismus vorgeschlagen.
- Innovationen müssen weiter gefördert und gerade junge Unternehmen (Start-Ups), die sich in der Wachstumsphase befinden, müssen unterstützt werden.
- Neue Technologien: Es ist zu erwarten, dass es eine höhere Akzeptanz für digitale Arbeit gibt nach der Krise. Diese muss genutzt werden, um Versäumnisse bei der Digitalisierung der Verwaltung aufzuholen und dezentrale Entscheidungsträger besser vernetzen.

Stabilisieren

- Durch ein intensiviertes Monitoring, vor allem der systemrelevanten Wirtschaftsbereiche, soll die Reaktionsgeschwindigkeit und Resilienz erhöht und der soziale Frieden gesichert werden. Transparente Kommunikation ist dafür unverzichtbar.
- Gesundheit: Personal ist die derzeit knappste Ressource, eine Aufwertung der Arbeit im Gesundheitswesen ist maßgeblich dafür, dass der Sektor resilienter werden kann.
- Im Bereich Energie und Kommunikation ist die Grundversorgung ebenfalls gesichert, aber auch hier ist eine andere Priorisierung des Themas Versorgungssicherheit zukünftig nötig.
- Keine Beeinträchtigungen sind bei der Grundversorgung zu befürchten. Bei der weiteren Bedarfssicherung sollte auf Souveränität und nicht Autarkie gesetzt werden, d. h. die Kontrolle zu haben aber nicht zwangsläufig nur auf inländische Ressourcen zurückzugreifen. Zur Stärkung der Resilienz ist auf eine Diversifizierung von Lieferketten zu achten. Auch die Aktivitäten von ausländischen Investoren in Deutschland sollten streng beobachtet werden, um einen „Ausverkauf“ zu vermeiden.
- Die europäische Dimension ist zentral in der Stabilisierungsphase und so sollte von der Bundesregierung die Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2020 genutzt werden, den gemeinsamen Binnenmarkt und die Solidarität in Europa zu stärken.
- Im Energiesektor wird während der Krise ein Rückgang der Stromnachfrage um 10-20 % erwartet, wie bereits in anderen Ländern (z.B. Italien) beobachtet. Damit einhergehend sind

finanzielle Engpässe und evtl. Rückgänge beim EE-Ausbau und der Bemühungen um die E-Mobilität möglich. Es ist daher wichtig, dass die Branche bei der Krisenbewältigung an ihren Transformationsprozessen und langfristigen Zielen, wie Klimaneutralität, festhält.

Stimulieren

- Nicht auf die Zukunftsinvestitionen verzichten – Deutschland muss ein Innovationsstandort bleiben
- Ein zeitweises Runterfahren der Wirtschaft ist unumgänglich, der komplette Stillstand muss aber vermieden werden. Deutschland muss als Innovationsstandort mit gut ausgebildeten Fachkräften und führenden Schlüsseltechnologien in vielen Sektoren weiter stark bleiben. Wirtschaftspolitik muss Zukunftsthemen wie Künstliche Intelligenz und neue Mobilität gezielt fördern und vorantreiben. In manchen Bereichen, wie z. B. digitalem Arbeiten zeigen sich gerade unverhoffte Fortschritte und diese gilt es weiterhin voranzutreiben.
- High-Tech Start-ups, die ihr Geschäftsmodell auf hochspezialisierten Technologien aufgebaut haben, die evtl. auch zur Bekämpfung des Virus beitragen können, müssen besonders geschont und gezielt gefördert werden, um die Krise überstehen zu können. Die Start-Up Szene in Europa leidet generell unter weniger Wagniskapitalbereitstellung als z. B. in den USA. Ein gezielter Rettungsschirm müsse daher über sie gespannt werden, um Insolvenzen oder mögliche ausländischer Übernahmen zu verhindern.
- Des Weiteren muss die Resilienz vor allem im Bereich kritischer Infrastrukturen am Standort Deutschland erhöht werden, damit die Daseinsvorsorge garantiert werden kann. Dezentralisierung und Diversifizierung von Strukturen und Herkunftsquellen von wichtigen Rohstoffen sind hierbei zentrale Strategien.

Diskussion & Impulse

Transformation Energie und Klimawandel

- In der öffentlichen Wahrnehmung gab es im Jahr 2019 einen Durchbruch
- derzeit besteht die Gefahr, dass die Themen Energiewende und Klimawandel (zu weit) ins Hintertreffen gelangen
- Hat sich die Sensibilität der Bevölkerung verändert? Wie kann der Impuls zur Nachhaltigkeit über die Krise gerettet werden?
- Menschliches Verhalten als Gefahr für den Rollback, zum Beispiel hinsichtlich des Ansteckungsrisikos im öffentlichen Nahverkehr und Rückkehr zum Individualverkehr
- Green Deal gemeinsam weiterverfolgen, wichtige Reformschritte bei Emissionshandel und -bepreisung einleiten, z. B. Mindestpreis im EU ETS

Nachhaltige Investitionen

- Mittel sollten nachhaltig eingesetzt werden – es gilt Chancen zu nutzen
- Regionale Wertschöpfung stärken – Erneuerbare als Chance auch im europäischen Kontext
- Souveränität (nicht Autarkie) für Erneuerbare: Vision des qualitativen Wachstums
- CO₂-Emissionen können und sollen Treiber von Investitionen werden
- Konjunkturpakete mit Klimaschutz koppeln – kurzfristige Reaktionen sind teurer als langfristig geplante Investitionen

Wirkung von Förder- und Konjunkturprogrammen

- Modernisierungsschübe anstoßen, Planungshemmnisse beseitigen; wirtschaftliches Jahresgutachten zeigt: viele Mittel sind da, aber werden nicht abgerufen, weil Planungs- und Verwaltungshindernisse bestehen

Höhere Priorität für Resilienz

- Renaissance der Daseinsvorsorge: es werden ganz neue Fragen im Zentrum der politischen Debatte stehen
- deutlich höhere Priorität und Wertschätzung für kritische Infrastrukturen und Sektoren
- Krisenfestigkeit des Gesundheitssystems: es geht nicht nur um hohe Bettenzahl, wichtig sind die Betten der Intensivmedizin -> weniger Standorte, aber mit hoher Qualität
- Transformationspaket wird wichtig, Situation ist anders als 2008: damals war der Export wichtige Stütze und die wirtschaftliche Stabilität war eine andere

Fiskalpolitische Unsicherheiten

- Massive Erhöhung des nationalen Schuldenstands: kein Thema für akute Debatten oder jetzt schon zum Faktor von fiskal politischem Handeln machen? Entwicklung der Inflation im Blick behalten, auch wenn jetzt noch kein Thema
- Schnelle „Normalisierung“ des Wirtschaftsgeschehens könnte die Diskussion überflüssig machen
- Unternehmen sind sehr anpassungsfähig, großes Vertrauen in den Staat wichtig, aber eigenständiges Handeln bleibt weiter wichtig

Verwaltung und Prozesse verschlanken

- Rufe nach schlankeren Strukturen können auch missbraucht bzw. falsch ausgelegt werden
- Veränderungen müssen transparent und robust gegenüber missbräuchlicher Verwendung sein
- Entscheidungsstrukturen müssen stark verändert werden, ohne Kontrollmöglichkeiten zu verlieren

An der Livediskussion beteiligten sich unter anderem:

Kerstin Andreae - BDEW

Dr. Patrick Graichen – Agora Energiewende

Prof. Tom Krebs – Universität Mannheim

Andreas Kuhlmann – dena (Moderation)

Ralph Lenkert - MdB, Die Linke

Dr. Felix Matthes - Öko-Institut

Hanne May – dena (Chat-Moderation)

Prof. Martin Neumann – MdB, FDP

Sabine Nallinger – Stiftung 2 Grad

Prof. Kai Niebert – DNR

Dr. Simone Peters - BEE

Jakob Schlandt – Tagesspiegel Background

#dK2020-2: “Takeaways”

- Hilfen müssen schnell und zielgerichtet ankommen. Die Bundesregierung muss die „Krisenwirtschaft“ eng begleiten – aber erst fördern, dann fordern
- Wir müssen absehbar in einen Zustand „wachsender Normalität“ mit sehr funktionalen, fortlaufenden Monitoringmechanismen kommen.
- Dezentralität in der Wertschöpfung und Daseinsvorsorge ist ein wichtiger Faktor, um die Resilienz des Wirtschaftsstandorts zu fördern. Resilienz muss in Zukunft gegenüber dem Ziel der Effizienz stark gemacht und ausbuchstabiert werden. Resilienz könnte zunächst mithilfe der Begriffe „Dezentralisierung“ und „Diversifizierung“ ausgestaltet werden.
- Grundsätzliche gesellschaftliche Ziele, wie z.B. Klimaneutralität, sollten auch in der Krisenbewältigung nichts aus den Augen verloren werden, Lock-in-Effekte in alte Strukturen und Rollbacks von gerade anlaufenden Entwicklungen gilt es bei der Krisenbewältigung zu vermeiden.
- Die Erkenntnissammlung über sämtliche Prozesse ist bisher unterschätzt worden. Schlüsse aus der Krise, kann nur ziehen, wer genügend Erkenntnisse zum Verlauf hat.
- Deutschland braucht ein Beschleunigungspaket, um bürokratische Prozesse zu verschlanken und Planungs- und Genehmigungszeiten zu reduzieren
- Die Digitalisierung leistet einen Beitrag zur Stärkung der Resilienz von Unternehmen, Behörden und anderen Institutionen – Investitionen in Digitalisierung sind gut angelegtes Geld
- Notwendigkeit des Nachdenkens über Verhältnis von staatlichen Interventionen und Marktmechanismen (langfristige veränderte Position des Staates als Akteur?)
- Forderung nach einem zukünftigen qualitativen Wachstum. Diese Forderung muss nicht zu einem Abrücken vom bisherigen deutschen Standortvorteil führen, da auch in einer nachhaltigen Zukunft der komparative Vorteil bei komplexen und qualitativ hochwertigen Produkten bestehen bleibt.

